



Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten



Ausgabe 03/2010

1. März 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

dass im Berliner Regierungsviertel das politische Parkett rutschig sein kann, hat schon der eine oder andere Politiker mehr oder weniger schmerzhaft am eigenen Leibe erfahren können. Minutiös nachzulesen häufig in unseren Zeitungen und Zeitschriften – im Falle von größeren "Ausrutschern" auch mal auf der Titelseite der Zeitung mit den vier Buchstaben und großen Überschriften. Dass aber auch die Berliner Bürgersteige reinste Rutschbahnen sein können, gegen die das angeblich rutschige politische Parkett geradezu harmlos ist, mußte ich in der letzten Sitzungswoche erfahren. Eine teils Zentimeter dicke, geschlossene Eisschicht machte die Berliner Bürgersteige zu reinsten Bobbahnen, mancherorts hatte ich gar den Eindruck, dass Schlittschuhe ein geeignetes Fortbewegungsmittel für das Regierungsviertel sein könnten.

Umso größer war dann meine Erleichterung als ich bei meiner Ankunft in Berlin feststellte, dass der Winter die Hauptstadt so langsam aus seinem eisigen Griff loszulassen scheint und das Eis auf den Bürgersteigen und Straßen zu schmelzen beginnt.

Neben den in jeder Sitzungswoche wiederkehrenden Terminen wie bspw. Fraktionssitzung, Sitzungen der AGs, den Ausschusssitzungen standen diese Woche auch zwei Podiumsdiskussionen zu meinem The-

menbereich „Gesundheit in Entwicklungsländern“ in meinem Terminkalender.

In der erste Veranstaltung am Mittwoch wurden neue Finanzierungsmöglichkeiten zur Erforschung von vernachlässigten Krankheiten diskutiert und die zweite Podiumsdiskussion beleuchtete die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern zu senken. Das Thema Kindersterblichkeit und verbesserter Gesundheitsschutz für Menschen in Entwicklungsländern ist ein entwicklungspolitisches Thema, in dem wir unsere Anstrengungen noch deutlich verbessern müssen, denn fast neun Millionen Kinder sterben jedes Jahr an größtenteils vermeidbaren und behandelbaren Krankheiten. Neun Millionen Menschen, das sind mehr Menschen als in Berlin, Hamburg, München, Köln, Düsseldorf, Erfurt und Stuttgart zusammen derzeit leben – nur um mal eine Vergleichszahl zu nennen.

Aber diese sich tagtäglich ereignende Katastrophe bleibt von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt.

Dieses Sterben von so vielen Kindern passiert zu konstant – vielleicht für einige zu weit weg – , als dass es zum Topthema im Heute Journal wird oder dass die ARD einen Brennpunkt nach der Tagesschau bringt und dafür den Tatort für 15 Minuten nach hinten verschiebt. Mediale Aufmerksamkeit kriegen heutzutage Katastrophen, die schnell und unerwartet mit einem Paukenschlag Menschen treffen, Landstriche verwüsten und unvorher-



In dieser Ausgabe:

Brief an die Leser

Im Plenum

Fotogalerie

Pressemitteilung der AG

Betuwe

Daten und Fakten

Impressum:
Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720
Telefax: 030/227-76720
E-Mail:
sabine.weiss@bundestag.de

gesehen Menschen das Leben kosten.

Als neue Abgeordnete habe ich mich in den letzten Wochen in meine neuen Themengebiete - zu denen auch das Thema Gesundheit in Entwicklungsländern gehört - eingearbeitet, und dabei muss ich sagen: ich war absolut schockiert, zum einen über die Anzahl der Kinder, die weltweit an häufig behandelbaren oder vermeidbaren Krankheiten sterben, aber auch über die Krankheiten, an denen viele dieser Kinder sterben: Krankheiten wie Durchfall, Masern, Lungenentzündungen.

Das waren bis jetzt für mich Krankheiten, an denen Kinder nicht - oder nur im absoluten Ausnahmefall - sterben. Dagegen gibt es doch eigentlich Tabletten, Impfungen und Medikamente, damit es bei einem Kleinkind am besten gar nicht erst zur Lungenentzündung kommt.

Aber leider gibt es nicht überall den Zugang zu diesen Medikamenten, vielerorts gibt es kein medizinisches Personal und viele Menschen haben keinen Zugang zu frischem Wasser. Es gibt für viele Krankheiten keine Medikamente, weil diese Krankheiten nur in Entwicklungsländern auftreten, die sich häufig teure Medikamente nicht leisten können und damit hat die Industrie nur wenig Anreiz, an neuen Medikamenten zu forschen.

Das ist hier und heute, wo ein Wasserhahn, aus dem 24 Stunden frisches Wasser läuft, immer in einigen Schritten zu erreichen ist, der nächste Arzt gleich um die Ecke und die nächste Apotheke auch nicht weit entfernt ist, manchmal schwer vorstellbar.

Aber dieser Zustand ist leider noch

an vielen Orten der Welt Realität. Trotz einiger guter Erfolge im Bereich Gesundheit müssen wir mehr tun.

Dabei geht es nicht allein, um eine Aufstockung der finanziellen Mittel, die natürlich wünschenswert ist. Gleichzeitig müssen finanzielle Mittel aber auch zielgerecht und effizient eingesetzt und die Leistungen der Geberländer gut koordiniert werden, damit die Hilfe nicht im Gestrüpp der örtlichen Machtstrukturen hängenbleibt, sondern bei den Menschen ankommt.

Alle drei Sekunden stirbt ein Kind einen vermeidbaren Tod - ohne dass es ernsthaft interessiert und daran liegt der eigentliche Skandal. Und unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, nicht nur mit mehr oder weniger Konsens Gelder für eine Verbesserung der Lage bereit zu stellen. Wir haben auch die Pflicht, dieses Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sind auch Botschafter für weltweite Gerechtigkeit und für humanitäre Verantwortung. Egal, ob das Thema in der allgemeinen Nachrichtenlage jetzt opportun ist oder nicht.

Das Ergebnis des von mir organisierten Gesprächs mit dem Staatssekretär Enak Ferlemann und Mitgliedern der AG Betuwe können Sie in der Pressemitteilung auf Seite nachlesen.

Mit herzlichen Grüßen



Im Plenum

In dieser Woche haben wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)** beschlossen. Für die Beteiligung an ISAF in Afghanistan sind bis zu 5.350 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung vorgesehen, d.h. eine Erhöhung um 850. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können bis zum 28. Februar 2011 eingesetzt werden, solange eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen.

In zweiter Lesung und Schlussabstimmung stand das **Gesetz zum Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern** zur Verabschiedung an, mit dem die Zustimmung zum IT-Staatsvertrag erfolgt. Mit diesem Staatsvertrag wird der IT-Planungsrat als neues Steuerungsgremium der Kooperation von Bund und Ländern im Bereich der Informationstechnik eingerichtet. Der IT-Planungsrat wird die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Informationstechnik koordinieren, Standards festlegen, E-Government-Projekte steuern und nach Maßgabe des IT-NetzG Festlegungen für das Verbindungsnetz treffen, welches die informationstechnischen Netze von Bund und Ländern miteinander verbindet.

In erster Lesung haben wir das **Fünfte Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes** beraten. Im Wesentlichen handelt es sich um technische Anpassungen, die in Folge der Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund, der Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben sowie vereinfachungen vorgenommen werden.



Der erste richtig schöne Tag in Berlin – ohne Schnee und Eis – wird vom Büro gleich für ein Gruppenbild vor dem Brandenburger Tor genutzt. Mit dabei: Meine Nichte, Lisa Masuch, die mich diese Woche in Berlin besucht hat.



Bei der Podiumsdiskussion zum Thema: Tropische Armutskrankheiten
„Gesundheit in armen Ländern – gemeinsam mehr erreichen“



Mit der Gruppe der Frauen bei der Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt



Pressemitteilung zur Betuwe

Auf Vermittlung der MdBs, Frau Marie-Luise Dött und Sabine Weiss, fand im Bundestag ein Gespräch zwischen der Kommunalen AG Betuwe (vertreten durch die Herren: Holger Schlierf, MB Hamminkeln, Johannes Diks, MB Emmerich, Christoph Gerwers, BM Rees, Leo Spitzer, BM Voerde, Hans-Georg Haupt, Beigeordneter Hamminkeln und Gert Bork, Vorsitzender der BI Betuwe-So nicht! aus Wesel) und dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums, Herrn Enak Ferlemann MdB statt.

Das Gespräch verlief konstruktiv und fair und kam zu folgenden Ergebnissen:

1. Sollte durch Blockverdichtung zusätzlicher Lärm entstehen, wird hier Lärmschutz erfolgen.
2. Das Ministerium setzt sich für innovativen Lärmschutz ein.
3. Das Ministerium wird die Sicherheitsaspekte an der Bahnlinie überprüfen und mit der DB Netz AG gegebenenfalls überarbeiten. Die Resolution der Feuerwehren wurde in diesem Zusammenhang überreicht.
4. Bezüglich der Finanzierung wurden über das gesetzliche Maß hinaus keine weiteren Kostenzusagen gemacht.
5. Das Ministerium setzt sich bei der DB Netz AG dafür ein, dass Informationen zukünftig transparenter gemacht werden.
6. Das Ministerium sagte zu, im Gespräch mit der DB Netz AG noch bestehende Dissenzen in Bezug auf Bahnübergänge zu klären.

Insgesamt hatten alle Teilnehmer den Eindruck, dass der Bund die Forderungen und Bedenken der Menschen entlang der Betuwe-Linie ernst nimmt und konstruktiv begleitet.

Daten und Fakten

Familienunternehmer rentabler als andere Unternehmen: Die großen familiengeführten Unternehmen in Deutschland haben ihre finanzielle Stabilität in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. 2007 konnten sie ihre Eigenkapitalquote auf 30,8 Prozent erhöhen, während die durchschnittliche Eigenkapitalquote aller Unternehmen in Deutschland bei nur rund 20 Prozent lag. Auch bei der Umsatzrentabilität lagen sie mit 3,8 Prozent deutlich über dem Durchschnitt (2,3 Prozent).

Auch für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten die großen Familienunternehmen einen wichtigen Beitrag: Ihre Investitionsquote für Forschung und Entwicklung betrug 4,8 Prozent gegenüber dem Schnitt 3,9 Prozent aller FuE treibenden Unternehmen. Von hoher Bedeutung sind große Familienunternehmen zudem für den Arbeitsmarkt: Obwohl sie nur 0,1 Prozent aller Unternehmen in Deutschland ausmachen, sind 14 Prozent aller Beschäftigten bei ihnen tätig. (Quelle: BDI)

Ausbildungspakt trotz Krise erfolgreich: Trotz der Wirtschaftskrise ist die Lage am deutschen Ausbildungsmarkt insgesamt positiv. Zwar ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 8,2 Prozent auf 566.000 zurückgegangen, dennoch konnte jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung gemacht werden.

Insgesamt sind zum jetzigen Zeitpunkt noch 4.400 Bewerber unversorgt. Ihnen stehen jedoch deutlich mehr offene Angebote zur Verfügung, darunter allein 11.100 unbesetzte Plätze in der Einstiegsqualifizierung. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)